

Aus dem Stadtrat: *Sauberkeit*

CDU will Sauberkeit in Mainz verbessern

Verwaltung soll Bußgeldkatalog bekannter machen – Mehr Kontrollen gefordert

Wer kennt folgende Situation nicht: man schlendert durch die Innenstadt oder geht durch den Stadtteil und plötzlich klebt es unter dem Schuh, weil man in ein weggeworfenes Kaugummi getreten ist. Viele Menschen ärgern sich nicht nur über einen solchen Vorfall, sondern sind erbost darüber, dass viele Menschen in Mainz ihren Müll einfach so auf die Straße werfen. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger haben das Gefühl, dass die Stadt ein Problem in Sachen Sauberkeit hat. Dabei geht es nicht nur um weggeworfene Kaugummis, sondern auch um Zigarettenkippen, Kaffeebecher, Verpackungen aller Art oder überfüllte Mülleimer. In anderen Städten werden solche Ordnungswidrigkeiten wesentlich stärker verfolgt und mit entsprechend hohen Geldstrafen geahndet. In Mainz sind diese jedoch eher niedrig. Für die CDU war es an der Zeit, diese wichtige Thematik mit einem Antrag in den Stadtrat zu bringen.

In diesem wurde die Verwaltung unter anderem gebeten, in der Bevölkerung durch gezielte Maßnahmen, zum Beispiel Infokampagnen oder Aktionen, das Bewusstsein für ein sauberes Mainz zu schärfen, um dadurch das Begehen von Ordnungswidrigkeiten zu reduzieren. Auch sollten der Bußgeldkatalog und die Festlegungen der Stadt bekannter gemacht werden und die Vergehen vom zentralen Vollzugs- und Ordnungsdienst zukünftig verstärkt verfolgt und geahndet werden.

Fraktionschef Hannsgeorg Schöning bemängelte in seiner Rede im Rat, dass die Entwicklung der Sauberkeit in Mainz in den letzten Monaten und Jahren leider alles andere als positiv sei. „Viele Menschen haben das Gefühl, dass sich die Situation verschlechtert hat und sind unzufrieden. Aus unserer Sicht ist die Verärgerung berechtigt“, so der Vorsitzende. In Frankfurt, München oder Köln werde dieses wichtige Thema von der dortigen Verwaltung ganz anders angepackt. Das gelte sowohl für die Zahl der Kontrollen als auch für die Höhe der Geldstrafen. In Mainz dagegen werde viel zu wenig kontrolliert und zudem kenne wohl kaum ein Mensch die konkreten Geldbußen. „Aus unserer Sicht muss dies unbedingt geändert werden. Die Verwaltung muss viel häufiger kontrollieren, Vergehen stärker ahnden und die Strafen in der Bevölkerung bekannter machen“, so Schöning. Die Mainzerinnen und Mainzer müssten merken, dass der Politik dieses Thema wichtig ist und die Sauberkeit in der Stadt verbessert werden soll.

Sowohl Vertreter der Ampelkoalition als auch Bürgermeister Günter Beck (Grüne) sprachen von einem berechtigten Anliegen und sahen ebenfalls Defizite bei der Sauberkeit in der Stadt. Aber obwohl man sich im Grunde einig war, kam es am Ende aber so wie fast immer: SPD, Grüne und FDP sahen trotz großer inhaltlicher Übereinstimmung noch Beratungsbedarf. Die Folge: der CDU-Antrag wurde in den Ausschuss überwiesen.



CDU-Fraktionschef
Hannsgeorg
Schöning fordert:

„Die Verwaltung muss das Thema Sauberkeit anders anpacken und verstärkt Kontrollen durchführen.“



Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/müll>



Aus dem Stadtrat: Kita-Verpflegung

Arbeitsgruppe soll Einführung von Frischküche in städtischen Kitas prüfen

CDU will beste Versorgung für Kitakinder – Gründlichkeit vor Schnelligkeit

Die Verpflegung in den städtischen Kindertagesstätten war in den vergangenen Wochen eines der bestimmenden Themen in der Stadtpolitik. Konkret ging es um die Frage, ob zukünftig in den Einrichtungen frisch gekocht werden sollen. Dies hatten insbesondere die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Städtelernausschuss der Stadt Mainz (STEA) gefordert. Für die CDU und die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP waren aber noch zu viele wichtige Fragen offen. Deshalb haben die vier Fraktionen in einem gemeinsamen Antrag für die Stadtratssitzung am 12. September 2018 entschieden, zunächst für ein Jahr im Jugendhilfeausschuss eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema einzurichten. Ziel dieser AG soll es sein, auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme Möglichkeiten aufzuzeigen, wie in den nächsten Jahren ein schrittweiser Einstieg in eine Frischküche in den städtischen Kitas umgesetzt werden kann.

In den nächsten Monaten sollen verschiedene Experten aus unterschiedlichen Bereichen in die Beratungen einbezogen werden. Dabei sollen zum Beispiel folgende Fragen geklärt werden: Welches Anforderungsprofil bzw. welche Kriterien soll die Frischküche erfüllen? Wie kann bei den nächsten Neubaumaßnahmen oder bei Sanierungen, die die räumlichen Voraussetzungen erfüllen, eine Kita mit Frischküche auf den Weg gebracht werden? In welchen Schritten können die baulichen Veränderungen erfolgen, ohne Wegfall von Plätzen? Welche finanziellen Auswirkungen hat eine Umstellung auf Frischküche für den Elternbeitrag zur Verpflegung bzw. welche Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung gibt es für finanzschwache Familien? Welche Investitions- und Personalkosten entstehen bei einer Umstellung auf Frischküche?



Claudia Siebner, jugend- und sozialpolitische Sprecherin der CDU, machte gleich zu Beginn der Antragsberatung deutlich, dass es in dieser Frage keine Schnellschüsse geben dürfe. Vielmehr sei eine vorausschauende Herangehensweise

angebracht. „Die auf den ersten Blick einfache These, dass man mal eben von heute auf morgen vom bisherigen Verpflegungssystem auf eine Frischküche umstellen könne, ist so nicht umsetzbar. Deshalb muss die Devise lauten: Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ so die Bretzenheimer Ortsvorsteherin. In dieser Frage sei man sich mit der Ampel einig. Aus der Diskussion im Jugendhilfeausschuss wisse man bereits, dass niemand auf Kitaplätze verzichten möchte, und dass sich zudem die finanzielle Belastung für die Eltern in Grenzen halten soll. „Wenn allein diese beiden Punkte umgesetzt werden sollen, dann ist umsichtiges Handeln angebracht und dann müssen die vielen offenen Fragen geklärt werden. Genau diesen Weg gehen wir mit unserem Antrag“, sagte Siebner.

Von der Ampelkoalition und auch von Sozialdezernent Dr. Eckart Lensch gab es für diese Vorgehensweise Zustimmung. Am Ende wurde der gemeinsame Antrag verabschiedet.



Claudia Siebner
jugend- und
sozialpolitische
Sprecherin
meint:

„Bei der Frage, ob die Kitas der Stadt zukünftig auf Frischküche umstellen sollen, darf es keine Schnellschüsse geben. Wir müssen an dieses Thema vorausschauend herangehen. Die Devise muss lauten: Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Bevor eine Entscheidung getroffen werden kann, müssen deshalb die vielen offenen Fragen diskutiert und beantwortet werden.“



Bildquellen: <https://de.wikipedia.org/wiki/Kita>





Aus dem Stadtrat: Ausbau A 643

A 643 und Mainzer Ring: CDU fordert mehr Tempo beim Ausbau

Kritik am Land Rheinland-Pfalz – Verwaltung soll sich stärker einsetzen

Seit 2003 ist klar, dass die Schiersteiner Brücke und auch die Vorlandbrücke in Mainz marode sind und umgebaut werden müssen. Während das benachbarte Land Hessen diese Aufgabe zielgerichtet und zügig angegangen und die Brücke auf hessischer Seite fast fertig ist, hat sich in Rheinland-Pfalz bislang so gut wie nichts getan. Wie problematisch die Situation ist, hat sich im Februar 2015 gezeigt, als ein Schaden an der Vorlandbrücke entdeckt wurde und die A 643 in diesem Bereich mehrere Wochen komplett gesperrt werden musste. Auch dieses Ereignis hat aber nicht dazu geführt, dass die Planungen auf rheinland-pfälzischer Seite endlich beschleunigt wurden. Noch immer ist nicht einmal ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Ein Antrag auf die Einleitung eines solchen Verfahrens soll jetzt laut Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) Ende 2018 gestellt werden.

Die CDU nahm die Stadtratssitzung am 12. September 2018 zum Anlass, um diese wichtige Thematik auf die Tagesordnung setzen zu lassen. In einem entsprechenden Antrag wurde die Verwaltung gebeten, sich bei der rheinland-pfälzischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Planungen und die Umsetzungen für den Bau einer neuen Vorlandbrücke in Verlängerung der Schiersteiner Brücke sowie der sechsspurige Ausbau der A 643 und des Mainzer Rings schnellstmöglich vorangetrieben werden.

Der verkehrspolitische Sprecher Thomas Gerster erläuterte im Rat noch einmal die schier unendliche Geschichte der Schiersteiner Brücke, der Vorlandbrücke und des Autobahnausbaus und warf der Landesregierung Tatenlosigkeit vor. „Das Engagement des Landes in dieser Frage war in den letzten Jahren erbärmlich. Es ist schon ein starkes Stück dass ich trotz der klaren Anweisung des Bundesverkehrsministeriums, die A 643 sechsspurig auszubauen, so gut wie nicht getan hat“, so der CDU - Stadtrat.

Jeder Stau auf dem Mainzer Ring treibe den Ausweichverkehr in die Stadt hinein. Was bis vor ein paar Jahren noch als lästige Nebenerscheinung hingenommen werden konnte, sei vor dem Hintergrund der zunehmend strengen Feinstaub- und Stickoxid-Regelungen und dem damit drohenden Dieselfahrverbot eine Gefahr für die Stadt. Bei den Vertretern der Ampelkoalition stieß Thomas Gerster mit seiner Argumentation auf taube Ohren. Sie verwiesen unter anderem auf einen Gesprächstermin im Verkehrsministerium und die aktuellen Entwicklungen. Dementsprechend wurde der CDU-Antrag am Ende abgelehnt. Die CDU konnte dies nicht nachvollziehen. „Nur weil jetzt plötzlich die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens angekündigt wird heißt das noch nicht, dass dies auch tatsächlich Ende des Jahres so kommt. Es wäre gut gewesen, von Seiten der Stadt Mainz mehr Tempo zu fordern“, kritisierte Gerster.

Bei den Vertretern der Ampelkoalition stieß Thomas Gerster mit seiner Argumentation auf taube Ohren. Sie verwiesen unter anderem auf einen Gesprächstermin im Verkehrsministerium und die aktuellen Entwicklungen. Dementsprechend wurde der CDU-Antrag am Ende abgelehnt. Die CDU konnte dies nicht nachvollziehen. „Nur weil jetzt plötzlich die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens angekündigt wird heißt das noch nicht, dass dies auch tatsächlich Ende des Jahres so kommt. Es wäre gut gewesen, von Seiten der Stadt Mainz mehr Tempo zu fordern“, kritisierte Gerster.



Thomas Gerster,
verkehrspolitischer
Sprecher der
CDU-Stadtratsfraktion,
verlangt mehr Tempo:

„Die rheinland-pfälzische Landesregierung zeichnet sich beim Thema Autobahnausbau schon seit Jahren durch Tatenlosigkeit aus. Trotz der klaren Anweisung des Bundes, die A 643 sechsspurig auszubauen, hat sich so gut wie nichts getan. Auch wenn jetzt das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden soll, ist die Stadt gefordert, vom Land bei diesem Thema mehr Tempo zu fordern.“



Foto: CDU-Stadtratsfraktion





Aus dem Stadtrat: Anfrage Personalsituation Kitas

CDU-Anfrage ergibt: 94 Kita-Plätze bleiben leer

Die Schaffung von ausreichend Kita-Plätzen ist seit langem eine der wichtigsten Aufgaben der Stadt Mainz. In den letzten Jahren sind viele neue Kitas gebaut worden und bald kommen noch etliche weitere hinzu, um den Rechtsanspruch auf Betreuung erfüllen zu können. Nach wie vor gibt es aber eine große Zahl von Kindern, denen kein Platz angeboten werden konnte. Seit einiger Zeit ist immer wieder zu hören, dass an einigen Kitas keine Kinder aufgenommen werden können, weil offene Stellen nicht besetzt werden konnten. Die CDU wollte dieser Frage nachgehen und hatte deshalb für die Stadtratssitzung am 12. September 2018 eine Anfrage zu dieser Thematik eingebracht.

In ihrer Antwort musste die Verwaltung eingestehen, dass tatsächlich aktuell 94 Kita-Plätze nicht belegt werden können, weil in acht städtischen Kindertagesstätten nicht genügend Personal vorhanden ist. Betroffen sind hiervon etwa die Kita Mühlweg in Bretzenheim, die Kita Sandflora in Gonsenheim sowie weiteres Kitas in Hartenberg/Münchfeld, Hechtsheim, Laubenheim und Mombach.

Aus Sicht der Verwaltung seien die Stellen derzeit nicht besetzt, weil Fachkräfte Arbeitsverträge kündigen, in Rente gehen, den Beschäftigungsumfang reduzieren oder in andere Einrichtungen wechseln, krank oder schwanger werden. Wann sich die Situation wieder verbessert, könne nicht vorhergesehen werden. Die CDU nannte die Zahlen überaus interessant. Für die jugend- und sozialpolitische Sprecherin Claudia Siebner steht fest: „Die Verwaltung ist dringend gefordert, um die Situation für die Eltern zu verbessern.“

Aus dem Stadtrat: Anfrage Klimaanlage im ÖPNV

Nach Hitze-Sommer: CDU fragt nach Stand bei Klimaanlage im ÖPNV

Wochenlang herrschten in Mainz zwischen Juni und September tagsüber Temperaturen von deutlich über 25 Grad. In der Spitze wurden an einigen Tagen am späten Nachmittag sogar Temperaturen von etwa 40 Grad erreicht. In den meisten Fahrzeugen der Mainzer Mobilität lagen die Temperaturen aufgrund fehlender Klimaanlage sogar häufig noch deutlich höher. Viele ältere Menschen aber auch Eltern mit kleinen Kindern mussten deshalb oft schon vor dem eigentlichen Ziel aussteigen, weil die Temperaturen und die stickige Luft im Bus oder in der Straßenbahn nicht auszuhalten waren. Die Mainzer Mobilität hatte bereits vor einigen Jahren angekündigt, ihre Fahrzeuge nach und nach mit Klimaanlage auszustatten. Nach den Erfahrungen des heißen Sommers hakte die CDU im Stadtrat jetzt nach und fragte nach dem Sachstand bei diesem Thema.

In ihrer Antwort erklärte die Verwaltung, dass die Mainzer Mobilität im Zuge der Flottenerneuerung alle Fahrzeuge schrittweise mit Klimaanlage ausstatten werde. Man gehe aktuell davon aus, dass die Busse bis zur zweiten Hälfte des nächsten Jahrzehnts klimatisiert seien und die Straßenbahnen bis 2026.



Claudia Siebner
sozialpolitische
Sprecherin,
fordert:

**„Die Verwaltung muss die
Situation verbessern.“**

Es trifft zu, dass in einigen städtischen Kindertagesstätten Belegungsstopps für einen Teil der Betreuungsplätze ausgesprochen worden sind; diese sind Stand 05.09.2018:

Stadtteil	Kita	Platzkapazität	von Belegungsstopp betroffene Betreuungsplätze	Erläuterung
Bretzenheim	Kita Mühlweg	157	22	3,75 Stellen nicht besetzt; bedingt auch durch Schwangerschaften mit unmittelbarem Kita-Beschäftigungsvorbehalt 2 Stellen nicht besetzt
Gonsenheim	Kita Sandflora	140	18	1,23 Stellen frei und Langzeiterkrankte
Hartenberg/Münchfeld	Kita Dr. Martin-Luther-King	60	3	1 Stelle nicht besetzt
Hechtsheim	Kita Heuergrund	76	3	Das eigentliche Kita-Gebäude aus Vorjahr unbrauchbar; keine weitere Auslastung der Kita nicht zu
Laubenheim	Kita MinniMax	94	14	1,6 Stellen sind zzt. nicht besetzt
Mombach	Kita Mombach-West, Haus 1	116	21	1,8 Stellen sind zzt. nicht besetzt; zum 01.10.2018 wird eine weitere Vollzeitstelle frei
Mombach	Kita Mombach-West, Haus 2	90	9	1,9 Stellen frei
Mombach	Kita Alter Kerkplatz	82	4	



Fotos: CDU-Stadtratsfraktion



Aktuelles: Kommunalwahlprogramm
CDU startet #missionwahlsieg2019
Kreispartei verabschiedet auf Parteitag in Finthen ihr Kommunalwahlprogramm

Die Mainzer CDU hat die #missionwahlsieg2019 gestartet und auf ihrem Mitgliederparteitag am 20. September 2018 im Atrium Hotel im Stadtteil Finthen ihr Programm für die am 26. Mai 2019 anstehende Kommunalwahl verabschiedet. Zentrale Forderungen sind unter anderem eine weitere Rheinbrücke, ein neuer Stadtteil, mehr Grünflächen, ein vierspuriger Ausbau der Rheinhessenstraße, eine aktivere Wirtschaftsförderung sowie ein Konzept gegen Vereinsamung. Auf mehr als 20 Seiten finden sich klare Ziele und Ideen zu nahezu allen kommunalpolitischen Themen. Die Mainzer CDU ist damit die erste Partei in der Stadt, die ein konkretes Programm ausgearbeitet und verabschiedet hat. Es steht unter dem Slogan „Mainz im Herzen“.

Die Kreisvorsitzende Sabine Flegel stimmte die Mitglieder zu Beginn des Parteitags auf den anstehenden Wahlkampf ein. „Wir machen mit unserem Programm den Mainzerinnen und Mainzern aus allen Generationen, Schichten und Stadtteilen ein ausgewogenes Angebot. Wir wollen Lösungen für die Menschen finden, weil wir Mainz im Herzen tragen“, so die Gonsenheimerin. Bei der Kommunalwahl stehe viel auf dem Spiel. Es gehe um eine Richtungsentscheidung für die Stadt.

Scharf griff Flegel die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und der FDP sowie den Stadtvorstand an. „Seit mittlerweile neun Jahren wird Mainz von diesen drei Parteien regiert, wobei man von Regieren schon lange nicht mehr sprechen kann. Die Ampel ist nur noch eine reine Zweckgemeinschaft, von der keine Ideen, keine Visionen und keine Impulse mehr ausgehen. Es wird nur noch verwaltet, aber nicht mehr gestaltet. Das muss dringend geändert werden und das kann nur mit der CDU gelingen“, sagte die Vorsitzende. Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD) sei ohne Frage fleißig, aber eben nur, wenn es um die Eröffnung von Festen, Partys und Feiern geht. Große eigene Projekte seien mit seinem Namen nicht verbunden. Vielmehr setze er vor allem auf das Prinzip Zufall. Das sei aber für einen OB eindeutig zu wenig. Verkehrsdezernentin Katrin Eder (Grüne) betreibe weiter eine einseitige und ideologische Verkehrspolitik, und Wirtschaftsdezernent Sitte (FDP) falle durch nichts anderes auf als durch Pleiten, Pech und Pannen. „Es gibt bundesweit wohl keinen Dezernenten, der aus so guten Rahmenbedingungen so wenig macht wie Herr Sitte“, kritisierte Flegel.



Das Ziel der CDU für die Kommunalwahl sei klar. Man wolle so stark werden, dass an der Union in Mainz nicht mehr vorbeiregiert werden könne. „Wir sind motiviert und geschlossen, wir haben Ideen und wollen unsere Stadt nach vorne bringen. Mainz braucht dringender denn je eine starke CDU. Lassen Sie uns gemeinsam für unser Ziel kämpfen“, so die Kreisvorsitzende.


#missionwahlsieg2019


Fotos: CDU-Stadtratsfraktion

Aktuelles: Landschaftsschutzgebiet Ebersheim

Schutzgebiet: CDU weitgehend zufrieden

Die CDU zeigt sich weitgehend zufrieden mit den Ergebnissen zum Thema „Ausweisung Landschaftsschutzgebiet Südhang und Südplateau Ebersheim“. „Wir sind sehr froh, dass im Verfahren in den letzten Monaten die vielfältigen Anregungen der CDU-Ortsbeiratsfraktion Ebersheim und der CDU-Stadtratsfraktion, die sich aus Treffen und Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern aus Ebersheim sowie mit betroffenen Vertretern aus dem Bereich der Landwirtschaft ergeben haben, in die Vorlage der Verwaltung eingearbeitet wurden. Damit konnten deutliche Verbesserungen erreicht werden“, erklären der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Norbert Solbach und die Ebersheimer Stadträtin Anette Odenweller. Gleichwohl seien noch einige Klarstellungen nötig. Dies gelte etwa für die Frage, wie zukünftig mit Kulturschutzeinrichtungen, also zum Beispiel Schutznetzen etc., umgegangen werde sollte.

Wichtig sei es zudem, ein generelles Problem anzugehen. „Es soll durch geeignete Bepflanzungen vermieden werden, dass Schädlinge in die Nutzflächen hineinwandern können“, so die beiden Stadträte. Ziel der CDU sei es, bei dieser Problematik gemeinsam mit allen Beteiligten und Betroffenen nach umsetzbaren Lösungen zu suchen. „Die Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes hat in den vergangenen Monaten für eine Vielzahl von Diskussionen gesorgt, natürlich insbesondere in Ebersheim. Es ist schön, dass diese mit der Zeit immer konstruktiver wurden. Es hat sich einmal mehr gezeigt, dass nur durch einen intensiven Dialog akzeptable Ergebnisse erzielt werden können“, sagen Norbert Solbach und Anette Odenweller.

Aktuelles: Zollhafen

CDU erfreut über Pläne im Zollhafen

Im Zollhafen soll jetzt doch eine neue Sporthalle gebaut werden. „Wir sind sehr froh über diese Nachricht. Damit wird eine jahrelange Forderung der Mainzer CDU endlich realisiert“, erklären der Fraktionsvorsitzende Hannsgeorg Schönig und der sportpolitische Sprecher Klaus Hafner. Seit langem setze sich die Union für einen solchen Bau ein. Dieser sei schlicht und einfach unverzichtbar. Dass die Stadt jetzt ihre vertragliche Option auf die Errichtung einer Halle in diesem Gebiet ziehe, sei völlig richtig.

„Seit langem ist klar, dass Mainz in der Neustadt eine weitere Sporthalle benötigt. Nur so kann insbesondere der Sportunterricht an den Schulen der Innenstadt gewährleistet werden. Deshalb ist es sinnvoll, dass dieser Bedarf jetzt im Fokus stehen soll“, so die beiden Stadträte. Letztlich profitiere auch der gesamte Stadtteil von einer neuen Halle, weil sich dadurch Möglichkeiten für den Vereinssport und für Veranstaltungen ergeben. „Wir würden es sehr begrüßen,



Foto: Architektenkammer RLP

wenn die Planungen so schnell wie möglich durchgeführt werden und die neue Sporthalle relativ zeitnah eingeweiht werden kann. Dabei sollte auch die Errichtung von Zuschauerrängen und weiteren Räumlichkeiten für Veranstaltungen geprüft werden“, sagen Hannsgeorg Schönig und Klaus Hafner.



CDU-Stadträtin Anette Odenweller setzt sich für Ebersheim ein:

„Wir sind froh, dass unsere Anregungen von der Verwaltung aufgenommen und in die Vorlage eingearbeitet wurden. Es ist uns gelungen, Verbesserungen für Ebersheim zu erreichen.“



CDU-Stadtrat Klaus Hafner freut sich über die Pläne für eine Sporthalle im Zollhafen.

Fotos: CDU-Stadtratsfraktion



Aktuelles: Kita-Navigationssystem

CDU fordert mehr Transparenz bei der Vergabe von Kita-Plätzen

Heftige Kritik an Verwaltung - Union fordert seit sechs Jahren Verbesserungen

Es ist nichts Neues: schon seit Jahren klagen Eltern, die für ihre Kinder einen Kitaplatz suchen, über Schwierigkeiten bei der Suche und beim Anmelde- und Vergabeprozess. Bereits vor mehr als sechs Jahren hatte die CDU die Probleme in diesem Bereich aufgegriffen und einen Antrag mit dem Titel „Kita-Navigationssystem“ in den Stadtrat eingebracht. Darin wurde die Verwaltung unter anderem gebeten, die Einführung eines solchen System zu prüfen. Doch obwohl der Antrag der CDU in der Ratssitzung am 13. Juni 2012 einstimmig beschlossen wurde, ist seitdem in dieser für viele sehr wichtigen Frage nur sehr wenig passiert.

„Weiterhin beklagen sich betroffene Eltern, dass die Vergabe der Kitaplätze völlig intransparent ist, und die Ansprechpartner im zuständigen Amt nur sehr schlecht zu erreichen sind. Wir können überhaupt nicht verstehen, warum in den vergangenen sechs Jahren offensichtliche Probleme von der Verwaltung nur unzureichend angegangen wurden“, kritisiert die jugend- und sozialpolitische Sprecherin Claudia Siebner.

Die CDU habe immer wieder mehr Transparenz, ein effektiveres Vergabeverfahren und eine wesentliche Vereinfachung gefordert. In verschiedenen Kommunen, etwa in Düsseldorf oder in Karlsruhe, funktioniere ein solch transparentes und vereinfachtes System bereits seit langem hervorragend. „Umso verwunderter waren wir, dass die Verwaltung dann am Ende ihrer Prüfung erklärt hat, dass eine Übernahme des Düsseldorfer Modells für Mainz nicht in Frage komme, weil dann auch die privaten und freien Träger mit erfasst werden müssten. Jetzt soll dies nach einer externen Untersuchung, die kürzlich vorgestellt wurde, wie von der CDU schon immer gefordert, plötzlich doch möglich sein. Wir fragen uns wirklich, warum man unsere richtige Forderung dann zuerst abgelehnt hat. Die Stadt Mainz könnte hier schon viel weiter sein“, so Siebner.

Die Verwaltung habe sich jahrelang dagegen gewehrt, bestimmte Kritikpunkte aufzugreifen und ihr Engagement zur Schaffung von Kitaplätzen auszuweiten. Die Organisationsuntersuchung habe gezeigt, dass die sechs Jahre alten Forderungen der CDU zur Umsetzung kommen sollen. „Die Verzögerungen lassen nur den Schluss zu, dass dies aus ideologischen und parteitaktischen Gründen verzögert und abgelehnt wurde. Vorausschauendes Handeln sieht eindeutig anders aus“, sagt Claudia Siebner.



Claudia Siebner sozialpolitische Sprecherin, übt Kritik an der Verwaltung:

„Wir fordern schon seit Jahren ein besseres System bei der Kitaplatzvergabe. Die Stadt hat viel zu wenig getan.“



Fotos: oben Stadt Mainz, unten CDU-Stadtratsfraktion



Ich wünsche Ihnen, auch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen der CDU-Stadtratsfraktion, schöne Herbstferien und gute Erholung!

Alles Gute,

Ihr

Hannsgeorg Schöniß

